

---

DIETHARD BEHRENS / KORNELIA HAFNER  
**Auf der Suche nach dem „wahren Sozialismus“**  
 Von der Kritik des Proudhonismus über die russische Modernisierungsdebatte  
 zum realsozialistischen Etikettenschwindel

Aus: Anton Pannekoek, Paul Mattick u.a.,  
 Marxistischer Anti-Leninismus, Freiburg: ça ira <sup>2</sup> 2007, S. 205 - 231  
[www.isf-freiburg.org](http://www.isf-freiburg.org)

---

Es war kein Faschingsscherz, als die FAZ am 11.11.1989, zwei Tage nach jenem 9. November, der offenbar ein fixes Datum für nationale historische Ereignisse abgibt, sich ernsthaft besorgt äußerte über die Unbelehrbarkeit gewisser Teile der DDR-Opposition<sup>1</sup>, die man gerade als Held eines endgültigen Sieges der Freiheit in Deutschland zu feiern sich anschickte. Haben diese doch offenbar in völliger Unkenntnis der Bedeutung ihres Sieges jetzt die Stunde kommen sehen, endlich den „richtigen“ Sozialismus zu erbauen, „einen Sozialismus, der des Namens wert ist“, nachdem sie den losgeworden sind, „der keiner war“.<sup>2</sup> Die FAZ belehrt sie in altbewährter Manier, daß „die Utopie des Sozialismus – der kollektive Besitz an Produktionsmitteln und die von individuellen Leistungen abgekoppelte, vorrangig dem Gleichheitsziel verpflichtete Verteilung des Produktionsergebnisses“ zwar verführerisch klinge, aber sozialistisch organisierte Wirtschaften von zwei unabänderlichen, einander bedingenden Eigenschaften gekennzeichnet seien: „sie machen die Menschen unfrei und sie verhindern die Entfaltung von Energien, die technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ermöglichen“. Nach aller Erfahrung gebe es keinen Grund, sich für die Erhaltung der Idee des Sozialismus einzusetzen. Es folgt der deutliche Hinweis, daß man in der BRD nicht gewillt sei, „nun in der DDR das Experiment einer neuen Variante des Sozialismus zu finanzieren“. Denn die Kapitalisten hätten gelernt: „Es gibt nur einen Sozialismus“.<sup>3</sup>

In den folgenden Tagen und Wochen konnte man von Seiten bundesrepublikanischer Politiker das gleiche in anderen Worten, aber in ebensolcher Deutlichkeit vernehmen, und die Sozialdemokratie, deren Namen mit jenem inkriminierten Begriff immer noch die entscheidenden Silben teilt, stand dahinter nicht zurück. Willy Brandt beruft sich auf den Spruch: „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz sei besser als Sozialismus ohne“.<sup>4</sup> Doch das stimme nur, wenn man es durchgehen lasse, als Sozialismus zu bezeichnen, „was den Menschen vermeidbar Not aufhalst und ihnen tatsächlich die Chance nimmt, ein wachsendes Maß an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu erfahren.“ „Es war ein schweres Versäumnis, nicht energischer dagegen angegangen zu sein, daß der Begriff Sozialismus für diktatorische Herrschaftsformen und Kommandowirtschaft in Anspruch genommen wurde. Auch Leuten, denen solche Klarheit zuwider ist, muß eingehämmert werden: Die geistige Fundierung der freiheitlichen Sozialdemokratie ist etwas prinzipiell anderes als die eines autoritären Kollektivismus. Einen Sozialismus, der keiner war, konnte man nicht reformieren.“ Stalinismus, so Brandt, sei in Wirklichkeit Antisozialismus gewesen, und schon früh sei in einer Ausprägung der russischen Sozialdemokratie, also bei den Bolschewiki, angelegt gewesen: „sich über das Volk zu erheben, die breiten arbeitenden Schichten gering zu schätzen“ und die „absurde Vorstellung“ zu hegen, „auf Wirtschaft wie Staat Regeln zu übertragen, die militärischen Reglements entlehnt waren“. Wenn Willy Brandt u.a. auch den Herren von der FAZ einhämmern will, daß „dieser Sozialismus“ keiner war, und da ist ihm sicher nicht zu widersprechen, welcher Sozialismus ist es dann, der die „geistige Fundierung“ der freiheitlichen Sozialdemokratie abgibt?

Mehr als Helmut Kohl zu diesem Zeitpunkt den „Menschen in der DDR“ versprochen hatte: „Selbstbestimmung“, „breit gestreute(r) Wohlstand“ und eine „Wirtschafts- und

---

<sup>1</sup> Cf. Hans D. Barbier, Es gibt nur einen Sozialismus, FAZ, 11.11.1989

<sup>2</sup> Stephan Heym, Nach den Jahren der Dumpfheit. Acht Reden zur Novemberrevolution. Mitschnitt einer Rede vom 04.11.1989 auf dem Alexanderplatz, taz, 09.11.1989

<sup>3</sup> Hans D. Barbier, Es gibt... I.e.

<sup>4</sup> Rede Willy Brandts auf dem SPD-Parteitag, Frankfurter Rundschau, 21.12.1989, p. 25

Gesellschaftsordnung, die ihnen einen gerechten Anteil an den Früchten ihrer Arbeit sichert“<sup>5</sup>, konnte auch Willy Brandt nicht anbieten, und mit Kohl teilt er die Auffassung, daß es die „Marktwirtschaft“ sei, die dies möglich mache. Aber hat hier die FAZ nicht recht, wenn sie sagt, daß eine Entscheidung für die Marktwirtschaft eine Entscheidung gegen jede Form des Sozialismus ist?<sup>6</sup> Im Frühjahr 1990 klangen die hoffnungsfrohen Worte DDR-Oppositioneller von einem „wahren Sozialismus“ den politischen Machern und ihren Hofberichterstattern noch peinlich in den Ohren. Von dieser Seite ist inzwischen nichts mehr zu befürchten. Die „Revolutionäre“ vom November 1989 sind entweder im nationalliberalen Lager voll integriert oder kaltgestellt.

Der Erosionsprozeß des ehemals sozialistischen Lagers ist soweit fortgeschritten, daß inzwischen alle Fraktionen ihre Hoffnungen auf den Fetisch Markt geworfen haben und den Zusammenbruch der wie schlecht und recht auch immer ehemals funktionierenden Infrastruktur und Versorgung durch das interessegeleitete Handeln nationaler, standespolitischer und/oder kriminell organisierter Egoisten vorantreiben. Das, was als krisenbedingte Verteilungskämpfe oft prognostiziert wurde, nimmt schauerliche Gestalt an, im gelobten Westen übrigens nicht weniger, und zwar desto mehr als das Gespenst des Kommunismus endgültig erledigt zu sein scheint.

Widersprachen anfangs noch einige der Parole „Nie wieder Sozialismus“, die mit der Geschwindigkeit der Veränderungen nicht Schritt halten konnten, so hört man inzwischen von dort nichts mehr. Hat sich doch der Selbstbetrug jener Position nur allzu deutlich offenbart, die mit den Sozialdemokraten darin übereinstimmte, nach der schönen Schauseite des Kapitalismus zu schielen und gleichzeitig die Werte des „wahren Sozialismus“ hochzuhalten, als da sind: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Menschenliebe. „In den Humanismus nun lösen sich alle Namensstreitigkeiten auf; zu was Kommunisten, zu was Sozialisten? Wir sind Menschen.“<sup>7</sup>

#### DEUTSCHE ILLUSIONEN UND FRANZÖSISCHE DOKTRIN

Die „wahren Sozialisten“, mit denen sich anno 1845/46 Marx und Engels herumschlugen, nehmen einige pikante Aspekte der gegenwärtigen Auseinandersetzungen vorweg. So heißt es in Püttmanns Jahrbuch: „Schon durch seinen Namen, den Gegensatz gegen die Konkurrenz, zeigt der Kommunismus seine Einseitigkeit; soll denn aber diese Befangenheit, die wohl jetzt als Parteiname ihre Geltung haben kann, ewig währen?“ Sozialismus wird hier definiert als die „anarchische Ordnung, die der menschlichen Gattung, wie dem Universum, wesentlich eigentümlich ist“ „und ebendeshalb für ‚die menschliche Gattung‘ bisher nicht existiert hat.“ Die französischen Sozialisten und Kommunisten hätten nämlich im Unterschied zu den deutschen das „Wesen des Sozialismus“ „theoretisch“ noch nicht erkannt. Marx und Engels verteidigen die „kommunistischen Systeme, Kritiken und Streitschriften“ und die „wirkliche Bewegung, deren bloßer Ausdruck sie sind“, gegen ihre Vereinnahmung durch den „deutschen ‚denkenden Geist‘“, konnten sie doch noch glauben, daß der schlechte Idealismus der „wahren Sozialisten“ und ihre Neigung, die Illusionen, an denen sie so besonders reich waren, „auf die gleiche Stufe mit der Wirklichkeit“<sup>8</sup> zu stellen, der Rückständigkeit der deutschen Verhältnisse geschuldet seien und der „miserablen Rolle“, die die Deutschen in der wirklichen Geschichte gespielt hätten. Heute muß man feststellen, daß sich diese Neigung international verbreitet hat, und zwar auch und gerade in jenen Ländern, die jedem „Idealismus“ jahrzehntelang im Namen von Marx und Engels den schärfsten Kampf angesagt hatten.

Die kommunistischen Systeme, um die es 1845/46 geht, werden gewöhnlich bis auf Morus und Campanella und sogar auf Platon zurückgeführt. Entscheidend ist der Gedanke, daß die Aufhebung privaten Eigentums der Hebel sei, um das Glück der einzelnen mit dem allgemeinen Besten eins werden zu lassen. Auch die französischen Utopien des 17. und 18. Jahrhunderts gehen von der Aufhebung des Privateigentums aus. Eigentumslosigkeit kennzeichnet die „edlen Wilden“, die die zahlreichen utopischen Reiseberichte bevölkern.

Ein erstes modernes System entwirft Morelly in der „Basiliade“ und in seinem „Code de la nature“ 1755. Dieses Gesetzeswerk soll den durch Privateigentum und Macht korrumpierten Franzosen das soziale und institutionelle „Milieu“ schaffen, zu einem naturgemäßen und damit

<sup>5</sup> Regierungserklärung Helmut Kohls, Frankfurter Rundschau, 17.11.1989

<sup>6</sup> Cf. Hans D. Barbier, Es gibt... I.e.

<sup>7</sup> Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform, hg. v. Hermann Püttmann, 1. Bd., 1845, p. 172, zit. n. Karl Marx, Friedrich Engels, deutsche Ideologie, MEW 3, p. 450

<sup>8</sup> Cf. I.e., p. 450, 455.

sozial geordneten Leben. Es basiert auf den drei Grundsätzen, daß es kein Eigentum geben soll außer den Dingen des unmittelbaren persönlichen Bedarfs, daß jeder auf Staatskosten unterhalten wird und nach seinen Kräften und Talenten zum Staatsnutzen beiträgt.<sup>9</sup> Diese „Grundgesetze“ trennen nicht zwischen Staat, Gesellschaft und Ökonomie – dies im Einklang mit der merkantilistischen Tradition Frankreichs. Funktion des Staates ist es, die gesellschaftliche Reproduktion zu garantieren. Produziert wird genossenschaftlich. Der Ackerbau wird ebenfalls genossenschaftlich betrieben, und zwar im Rahmen einer fünfjährigen Dienstpflicht. Die Ämter in den Gewerbsgenossenschaften und die Staatsämter werden nach dem Senioritätsprinzip besetzt. Regelmäßige Rotation ist vorgeschrieben. Die Aufgabe der Amtsträger ist u.a. die Verteilung der Produkte, die auf öffentlichen Plätzen oder in Magazinen zur Verfügung gestellten werden. „Nichts nach den geheiligten Gesetzen wird unter Mitbürgern verkauft noch vertauscht“, heißt es. Planerische Momente treten hier auf beim Transport und der Verteilung mangelnder oder überschüssiger Güter auf die verschiedenen Städte und Provinzen und bei der staatlichen - Förderung technischer Innovationen.

Diesem Modell ist die gesamte utopisch-kommunistische Literatur des 19. Jahrhunderts verpflichtet. Insofern die in diesen Schriften entworfenen Gesellschaften in der Tradition der Naturrechtsdiskussion vor allem des 18. Jahrhunderts sich als Verwirklichung der Naturgesetze und des menschlichen Wesens in einem begreifen, konnte Marx diese Position in den „Pariser Manuskripten“ als „vollendete(n) Naturalismus = Humanismus“ festhalten und konstatieren, daß dieser Kommunismus als „wahrhafte Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbetätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung“, „das aufgelöste Rätsel der Geschichte“<sup>10</sup> sei und sich als diese wisse. Dies setze allerdings voraus, daß das positive Wesen des Privateigentums erfaßt und die menschliche Natur des Bedürfnisses verstanden sei, insofern im Privateigentum „die sinnliche Offenbarung von der Bewegung aller bisherigen Produktion“ enthalten sei, was die Geschichte von „Religion, Familie, Staat, Recht, Moral, Wissenschaft, Kunst etc.“ einschließe, und die menschliche Natur des Bedürfnisses erst für den gesellschaftlichen Menschen existiere, der die Entfremdung aller physischen und geistigen Sinne im Sinn des Habens, wie sie durch das Verhältnis des Privateigentums gesetzt sei, überwunden habe.<sup>11</sup>

Man sieht, daß der Begriff des Privateigentums hier eine komplexe und schillernde Kategorie darstellt, die über die traditionelle rechtliche Wortbedeutung hinausgeht und „in ihrer Bewegung“ nicht nur mit der Ökonomie, sondern mit der gesamten Menschheitsgeschichte zusammengedacht ist. Das Privateigentum verschwindet nicht einfach in einem Kommunismus, „nach politischer Natur demokratisch oder despotisch“, und auch noch nicht „mit der Aufhebung des Staates“. Seine Aufhebung ist die „vollständige Emanzipation aller menschlichen Sinne und Eigenschaften“, das heißt, Aufgabe revolutionärer, geschichtlicher und gesellschaftlicher Praxis, nicht bloß politischer, rechtlicher und ökonomischer Maßnahmen. Insofern sie bloß letztere ins Auge faßt, kritisiert Marx die „erste positive Aufhebung des Privateigentums“ als „rohen“ Kommunismus, der alles vernichten wolle, was nicht fähig sei, „als Privateigentum von allen besessen zu werden“.<sup>12</sup> „Die Bestimmung des Arbeiters wird nicht aufgehoben, sondern auf alle Menschen ausgedehnt“. „Dieser Kommunismus – indem er die Persönlichkeit des Menschen überall negiert“, sei insofern nur eine „Erscheinungsform der Niedertracht des Privateigentums“, sein „konsequentester Ausdruck“, als Neid und Nivellierungssucht, die ja das Wesen der Konkurrenz ausmachten, in ihm selbst enthalten seien. „Der rohe Kommunist ist nur die Vollendung dieses Neides und dieser Nivellierungssucht von dem vorgestellten Minimum aus. Er hat ein bestimmtes begrenztes Maß. Wie wenig diese Aufhebung des Privateigentums eine wirkliche Aneignung ist, beweist eben die abstrakte Negation der ganzen Welt der Bildung und der Zivilisation, die Rückkehr zur unnatürlichen Einfachheit des armen und bedürfnislosen Menschen, der nicht über das Privateigentum hinaus, sondern noch nicht einmal bei demselben angelangt ist.“<sup>13</sup> Marx denkt hier auch an den „wirklich existierenden

<sup>9</sup> Morelly, Gesetzbuch der natürlichen Gesellschaft oder der wahre Geist ihrer Gesetze zu jeder Zeit übersehen oder verkannt, hg. v. Werner Krauss, Berlin 1964, p. 181

<sup>10</sup> Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, MEW-Erg.bd. I, p. 536

<sup>11</sup> Cf. I.e., p. 537, 540.

<sup>12</sup> Cf. I.e., p. 534, 536, 540

<sup>13</sup> I.e., p. 334sq.

Kommunismus, wie ihn Gabet, Dezamy, Weitling etc. lehren“.<sup>14</sup> Nicht zufällig habe dieser andere sozialistische Lehren sich gegenüber entstehen sehen, wie die von Fourier und Proudhon. Fourier will in seinen ausgeklügelten Systemen die Menschennatur als soziale zugleich mit der Gesamtnatur, die Arbeit zugleich mit der Sinnenlust befreien. Doch für ihn gilt wohl ebenso wie für die „wirklichen Kommunisten“, die nichts zu bieten haben als eine „dogmatische Abstraktion“, daß er der Welt doktrinär mit einem Prinzip entgegentritt: „Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder!“

Diesem doktrinären Verfahren setzt Marx sein Programm einer „rücksichtslosen Kritik alles Bestehenden“ entgegen, „rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikte mit den vorhandenen Mächten“.

Erste Objekte dieser Kritik sind die französischen Kommunisten und Sozialisten und die deutschen Ideologen. In diesen Auseinandersetzungen gewinnt auch die Einsicht Marxens an Deutlichkeit, daß „der Gegensatz von Eigentumslosigkeit und Eigentum“ nicht in seinem inneren Verhältnis verstanden werden kann, „solange er nicht als Gegensatz der Arbeit und des Kapitals begriffen wird.“<sup>15</sup> Dies gibt dann den Gegenstand für die Kritik der politischen Ökonomie vor und hier entfaltet sich sofort eine scharfe Polemik gegenüber einem Protagonisten der „wirklichen Kämpfe“ und des „Sozialismus“. Proudhon, berühmtester zeitgenössischer Kämpfer gegen das Eigentum, wird befragt, was er denn unter Arbeit, ihrem Wert und deren Zusammenhang unter kapitalistischen Verhältnissen verstehe, und muß sich vorwerfen lassen, mit „doktrinären Experimenten, Tauschbanken und Arbeiterassoziationen ... hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb (der) ... beschränkten Existenzbedingungen“ des Proletariats dessen „Erlösung“ zu betreiben und darauf zu verzichten, „die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesamtmitteln umzuwälzen“.<sup>16</sup>

Nach der gescheiterten Februarrevolution 1848 gründete Proudhon eine Tauschbank mit dem Ziel einer Neuorganisation des „Kredits“, ohne Geld und ohne Zins. Er beruft sich dabei auf die Redeweise der „Wirtschaftswissenschaft“ vom Austausch von Produkten gegen Produkte und auf die Vorstellung, Geld sei „nur ein Vermittler, ein Werkzeug der Spekulation, eine Fessel für die Freiheit des Handels.“<sup>17</sup> Ausgangsbasis dieses Experiments ist für Proudhon seine spezifische Arbeitswerttheorie, die die unmittelbare Arbeitsverausgabung als Maß des Werts unterstellt, - ebenso ein angebbares Verhältnis von Produktion und Konsumtion im harmonischen Gleichgewicht eines geschlossenen Austauschsystems. Proudhon verpflichtet die Mitglieder seiner „Gesellschaft für Kauf und Verkauf auf Gegenseitigkeit“, alle Aufwendungen und Produktionskosten detailliert bekanntzugeben. Auf dieser Grundlage soll dann die Tauschbank die eingelieferten Produkte ausliefern, verrechnen, „Handelsanweisungen“ (Arbeitszettel) ausgeben, die „diskont- und umlauffähig“ sein sollen.<sup>18</sup> Mit der Organisation dieser Tauschbank glaubt Proudhon allein schon deshalb ein revolutionäres Programm zu verwirklichen, weil die Organisierung des unmittelbaren Austauschs über die Herabsetzung des Zinses auf die Überwindung des Kapitals ziele, das als einseitige Abschöpfung des nur durch unmittelbare Arbeit und direkten Austausch geschaffenen Reichtums verstanden wird.

Schon 1847, im „Elend der Philosophie“, hatte Marx Proudhon vorgeworfen, daß er keinen Unterschied zwischen dem „durch die aufgewendete Arbeitsmenge bestimmten Warenwert“ und „dem Warenwert, bestimmt durch den ‚Wert der Arbeit‘“<sup>19</sup> mache, und daß er mit seiner - Geldtheorie, die Gold und Silber, als ersten „konstituierten Wert“, zum einen als Waren behandelt, deren für sie aufgewandte Arbeitszeit unmittelbares Wertmaß, zum anderen als bloß konventionellen Vermittler des Verkehrs, verkenne, „daß gerade Gold und Silber in ihrer Eigenschaft als Münze (Wertzeichen) von allen Waren die einzigen sind, die nicht durch ihre Produktionskosten bestimmt werden“. Das Geld reiße er so „aus dem Zusammenhang der heutigen Produktionsweise ... (heraus), um es später zum ersten Glied eines imaginären, eines noch zu findenden Zusammenhangs zu machen.“<sup>20</sup> In den „Grundrissen“ stellt Marx die Polemik gegen die

<sup>14</sup> Marx an Ruge im September 1843. Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, MEW I, p. 345

<sup>15</sup> Id., Ökonomisch-philosophische Manuskripte ... I.e., p. 533

<sup>16</sup> Id., Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, p. 122

<sup>17</sup> Pierre Joseph Proudhon, Ausgewählte Texte, hg. v. Tilo Ramm, Stuttgart 1963, p. 125, zit. n.: Helmut Brentel, Soziale Form und ökonomisches Objekt. Studien zum Gegenstandsund Methodenverständnis der Kritik der politischen Ökonomie, Opladen 1989, p. 207

<sup>18</sup> Cf. I.e., p. 204, 208

<sup>19</sup> Karl Marx, Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons ‚Philosophie des Elends‘, MEW 4, p. 86

<sup>20</sup> I.e., p. 107,112.

Proudhonsche Tauschbank an den Anfang seiner Entwicklung des Geldbegriffs. Er zeigt, daß Proudhons Tauschbank nur unter der Bedingung funktionieren könnte, daß der Stundenzettel in der Tat als Geld fungiere. Die Voraussetzung dafür ist, daß die Bank als allgemeiner Käufer und Verkäufer auftritt. Um jedoch die in den Waren materialisierte Arbeitszeit „authentisch zu fixieren“<sup>21</sup>, hätte sie nicht nur die „Arbeitszeit (zu) bestimmen, in der die Waren hervorgebracht werden können, mit den Durchschnittsmitteln der Industrie, die Zeit, in der sie hervorgebracht werden müssen ...“, und die Produzenten in solche Bedingungen zu setzen, daß ihre Arbeit gleich produktiv ist (also auch die Distribution der Arbeitsmittel auszugleichen und zu ordnen), sondern sie hätte die Quanta Arbeitszeit zu bestimmen, die auf die verschiedenen Produktionszweige verwandt werden soll. „Wir geraten hier unversehens in alle Probleme des realen Sozialismus“. Marx folgert: „In der Tat wäre sie entweder die despotische Regierung der Produktion und Verwalterin der Distribution, oder sie wäre in der Tat nichts als ein board, was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte.“ Dazu bedarf es allerdings gesellschaftlicher Voraussetzungen, die Proudhon schon deshalb nicht mitreflektiert, weil seine gesamte Konstruktion dem Schein der einfachen Warenzirkulation aufsitzt.<sup>22</sup>

Was Marx an Proudhon zunächst lobt, dann aber vernichtend kritisiert, ist dessen Versuch einer „Kritik der Nationalökonomie vom nationalökonomischen Standpunkt aus“<sup>23</sup>. Proudhon ahne nicht, daß, wenn er mit Bray hoffe, die Gesellschaft dadurch zu reformieren, „daß er alle Menschen in unmittelbare, gleiche Arbeitsmengen austauschende Arbeiter verwandel(e)“<sup>24</sup>, er ein „Verbesserungsideal“ in die Welt einführen wolle, das „selbst nichts anderes ist als der Reflex der gegenwärtigen Welt und daß es infolgedessen total unmöglich ist, die Gesellschaft auf einer Basis rekonstituieren zu wollen, die selbst nur der verschönerte Schatten dieser Gesellschaft ist.“<sup>25</sup> Gleichheit und Freiheit verschwinden, wenn auf jene Verhältnisse reflektiert wird, in denen das Individuum nicht als bloß Austauschender gesetzt ist.<sup>26</sup>

Aus dieser Kritik die Konsequenz zu ziehen, das Produktionssystem, in dem „das Individuum nur noch als Tauschwert Produzierendes Existenz hat, also schon die ganze Negation seiner natürlichen Existenz eingeschlossen ist“, seinerseits als wahren Sozialismus zu hypostasieren, blieb jenen vorbehalten, die sich die dazu notwendige Definitionsmacht praktisch eroberten.

#### DIE INTERNATIONALE UND DAS PROBLEM DES ÜBERGANGS

Die marxistische Tradition, auf die sie sich dabei berufen, führt allerdings eher als zu Marx zu Engels zurück. Engels ist zeitlebens revolutionärer 1848er und Junghegelianer geblieben<sup>27</sup>, ein Jakobiner des 19. Jahrhunderts. Seine Programmatik, den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft zu entwickeln, stützt sich auf die gemeinsam mit Marx erarbeitete Kritik des doktrinären utopischen Sozialismus und die materialistische Tradition der Aufklärung, auf die er sich zwar auch positiv bezieht, deren historische Relativität er aber in den Vordergrund stellt. Wissenschaft in Differenz zur Utopie erforsche die Bewegungsgesetze von Natur und Geschichte. Die immanenten Gesetze der Gesellschaftsentwicklung müssen nach Engels Meinung – hier beruft er sich auf die Resultate der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie – ebenso wie die Entwicklung der Wissenschaft zu einer planmäßig organisierten Herrschaft über Natur- und Gesellschaftsprozesse führen. Diese werde durch die proletarische Revolution ins Werk gesetzt. Mit der planmäßigen In-Regie-Nahme der gesellschaftlichen Produktion verschwinden dann die für Engels vor allem mit der Anarchie des Marktes verbundenen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise. Da Wert<sup>28</sup>, Ware und Geld im Sozialismus mit dem Kapitalismus vergangen sein sollen, werden jetzt

<sup>21</sup> Id., Grundrisse der politischen Ökonomie, Berlin 1974, p. 73

<sup>22</sup> Vgl. Brentels Argumentation, die deutlich macht, inwiefern Marx Proudhon als „Theoretiker des notwendigen Scheins der bürgerlichen Produktionsweise“ auffassen kann – cf. Helmut Brentel, Soziale Form ..., I.e., p. 209 – und daß es ihm darum geht, zu zeigen, „daß wenn man das Kapital als Produktions- und Aneignungsverhältnis kritisieren will, man an zentraler Stelle den ideologischen Aneignungs- und formellen Austauschbegriff der einfachen Zirkulation durchschlagen ... muß.“ I.e., p. 242.

<sup>23</sup> Id., Friedrich Engels, Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten, MEW 2, p. 32

<sup>24</sup> Karl Marx, Elend der Philosophie ..., I.e., p. 98

<sup>25</sup> I.e., p. 105.

<sup>26</sup> Id., Grundrisse ..., I.e., p. 159

<sup>27</sup> Cf. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus I. München-Zürich 1979, 16. Kap.

<sup>28</sup> Cf. Friedrich Engels, Brief an Karl Kautsky, MEW 36, p. 210

die „Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen ... den Plan bestimmen.“<sup>29</sup> Dies kommt Proudhons Vorstellungen wieder sehr nahe.<sup>30</sup>

Das Problem des Übergangs zum Sozialismus ist in der Ersten Internationale Gegenstand der Auseinandersetzungen mit Bakunin. Gestritten wird u.a. über die Funktion, die dem Staat zukommen soll. Marx und Engels wie Bakunin reklamieren die Pariser Commune als Vorbild. Marx deutet sie als „ausdehnungsfähige politische Form“ einer „Regierung der Arbeiterklasse“. Sie habe „keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoischerrschaft entwickelt haben.“<sup>31</sup> Dazu seien „lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen“. Engels betont die Funktion des Staates für diese soziale Umwälzung, die Notwendigkeit einer „einheitlichen Leitung“<sup>32</sup> und die Notwendigkeit von Autorität, Gewaltanwendung und Machterhalt.<sup>33</sup> Bakunin kommt unterdessen zu der Einschätzung: „Der Theorie von Marx zufolge soll das Volk den Staat nicht nur zerstören, sondern ihn stärken und aufwerten und in dieser Form in die Hände seiner Wohltäter, Wärter und Lehrer, der Führer der kommunistischen Partei übergeben“. Und er prophezeit: „Sie werden die ganze Macht der Regierung in strengen Händen konzentrieren, weil allein die Tatsache, daß das Volk unwissend ist, eine strenge und sorgsame Betreuung durch die Regierung nötig mache. Sie werden eine einzige Staatsbank gründen, die alle kommerzielle, industrielle, landwirtschaftliche und selbst wissenschaftliche Produktion in ihren Händen konzentriert; sie werden die Massen aufteilen in zwei Armeen – eine industrielle und eine landwirtschaftliche unter dem direkten Kommando der Staatsingenieure, die eine neu, privilegierte wissenschaftlich-politische Klasse bilden werden.“<sup>34</sup> In der „Kritik des Gothaer Programms“, in der Marx sich u.a. mit dem Staatsfetischismus der Lassalleaner auseinandersetzt, nimmt er auch implizit zu den Bakuninschen Anwürfen Stellung. Dort fragt er: „Welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben ... übrig (in einer kommunistischen Gesellschaft, d.V), die jetzigen Staatsfunktionen analog sind?“ Man erinnere sich an die Funktionen der Garantie des Rechts, der Verteidigung, der Herstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen, Infrastruktur, Bildung etc. Der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft entspreche „auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“.<sup>35</sup> Was Marx darunter versteht, verdeutlicht er in seiner harschen Polemik gegen „die tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat“, gegen den „Zukunftsstaat“, den „Untertanenglauben der Lassalleianischen Sekte an den Staat“ „oder, was nicht besser (den) demokratischen Wunderglauben“. Statt daß das Volk einer „Erziehung durch den Staat“ bedürfe,

<sup>29</sup> Id., Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft, MEW 20, p. 288. Vgl. dazu Marxens Polemik gegen Lassalles Vorstellung vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ in der Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, p. 18fsq., wo sich ähnlich lautende Stellen finden, (p. 20) Diese lassen sich vor dem Hintergrund der Kritik der politischen Ökonomie und der Proudhonkritik nur sinnvoll verstehen, wenn man die daran anschließende Argumentation zum „gleichen Recht“, also dem Äquivalenzprinzip, auf sie bezieht. Wie in den ökonomiekritischen Schriften gezeigt wird, daß die „getauschten“ „gleichen Arbeitsmengen“ notwendig ungleiche sind, so hier, daß das Äquivalenzprinzip notwendig „ungleiches Recht für ungleiche Arbeit“, (p. 21) Die Utopie des Kommunismus: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, die im Namen der Gleichheit den bürgerlichen Rechtshorizont überschreitet, setzt bekanntlich voraus, daß die „knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit verschwunden ist“ und Arbeit nicht mehr nur „Mittel zum Leben“, sondern „selbst das erste Lebensbedürfnis“, (ibid.)

<sup>30</sup> Schon im Nachwort zum 3. Band des „Kapital“ wird deutlich, daß Engels sich über den Stellenwert der Marxschen Rede vom Wertgesetz und der einfachen Warenzirkulation als „ideale Sphäre“, deren Schein nur durchbrochen werden kann durch das Begreifen der ihr zugrundeliegenden Produktionsverhältnisse, nie völlig im Klaren war. Im Gegensatz zu Marx, der eine Verallgemeinerung der Warenproduktion nur auf Grundlage durchgesetzter kapitalistischer Verhältnisse für möglich hält, redet Engels hier von einer vorkapitalistischen Epoche der einfachen Warenproduktion, in der das Marxsche Wertgesetz allgemein gelte, also die Bestimmung des Tauschwertes durch die aufgewandten Arbeitsmengen wie bei Proudhon.

<sup>31</sup> Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, p. 343

<sup>32</sup> Friedrich Engels, Brief an Cuno vom 24.1.1872, MEW 33, p. 389

<sup>33</sup> Cf. Id., Von der Autorität, MEW 18, p. 308

<sup>34</sup> Michail Bakunin, Etatismus und Anarchismus, n. G.P.. Maximoff (Ed.), The political philosophy of Bakunin, London 1953, p. 287 sqq., hier n. Kursbuch 23, Berlin 1971, p. 11

<sup>35</sup> Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, p. 28

„bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk“. <sup>36</sup> Im „Kommunistischen Manifest“ hieß es: „Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.“ <sup>37</sup>

Die Vorstellungen der Sozialdemokratie, wie das zu verstehen sei, teilt Marx offenbar ebenso wenig, wie deren Theoretiker begriffen, was seine Rede von historischen Prozessen bedeutete. Vor allem Kautsky knüpft an die Engelssche Geschichtsdiagnostik an und transformiert dessen Modell in das einer aufgrund mehr oder weniger mechanisch wirkender Gesetze notwendig sich vollziehende Entwicklung der Gesellschaft hin zu einem automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus. Sein „Schüler“ und späterer politischer Gegner Lenin widerspricht ihm hier scharf, obwohl er bestimmte Grundannahmen im Hinblick auf den historischen Prozeß teilt.

#### RUSSISCHE WIRTSCHAFT UND EIN STAAT OHNE GESELLSCHAFT

Diese Spielart des „Marxismus“ hat von Anfang an die Vorstellungen der russischen Sozialdemokratie geprägt. So bestritt Plechanov 1884<sup>38</sup> in der Auseinandersetzung mit den Narodniki und späteren Sozialrevolutionären entschieden die Möglichkeit, daß vorkapitalistische Gesellschaften dem Kapitalismus entgehen könnten durch einen „revolutionären Sprung“ in sozialistische Vergesellschaftungsformen. Die russische Opposition der 60er und 70er Jahre hatte für diese Vorstellung optiert und dies mit der Tatsache begründet, daß die russische Umverteilungsgemeinde, die „Obscina“, die für den größten Teil der russischen Agrarverhältnisse bestimmend war, in der Tat kein Privateigentum an Grund und Boden und auch dessen Vererbung nicht kannte.<sup>39</sup> Marx und Engels, die in diese Diskussion hineingezogen wurden, setzten sich damit ernsthaft auseinander.<sup>40</sup> Plechanov distanzierte sich von den Ideen der Narodniki mit dem Verweis auf eine historische Gesetzmäßigkeit, nach der die Epochen Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus notwendig aufeinander zu folgen hätten. Plausibilität gewann dieser Geschichtsschematismus vor dem Hintergrund des naiven Materialismus und der Wissenschaftsgläubigkeit, die die gesamte russische Opposition kennzeichneten, so sie nicht durch mystische Einsprengsel geprägt war.

Daß der russischen Autokratie eine Revolution ins Haus stand, war allen Parteiungen klar, seitdem die negativen Folgen der Bauernbefreiung offensichtlich wurden. Das Dilemma, das die Reformfraktion am Hofe des Zaren zu diesem Schritt getrieben hatte, war mit der militärischen Niederlage im Krim-Krieg offensichtlich geworden: Wie eine militärische Großmachtstellung in Europa aufrechterhalten angesichts der Rückständigkeit eines geographisch benachteiligten riesenhaften Agrarstaates? Technische Innovationen bedeuteten in Rußland schon deswegen vor allem Staatsintervention, weil ein kapitalkräftiges Bürgertum fehlte. Der Staat seinerseits konnte nur versuchen, über Steuerdruck aus dem in weiten Teilen subsistenzwirtschaftlich geprägten Agrarsektor jenes Investitionskapital herauszupressen, das er benötigte. An eine Besteuerung des Adels war schon deswegen nicht zu denken, weil dieser als ursprünglich in Rangklassen organisierter Dienstadel den Beamtenapparat und das Militär bildete, also faktisch mit dem Staatsapparat identisch war. Die forcierte Industrialisierungspolitik, die seit den 70er Jahren, z.T. mit Erfolg betrieben wurde, aber auch das System der „Obscina“, das von seiner Logik der Landzuteilung pro Familienmitglied her die starke Bevölkerungszunahme auf dem Land vorantrieb, brachte große Teile der Bauernschaft an den Rand des Existenzminimums. In den wenigen städtischen Zentren sorgte die Konzentration der z.T. noch ihren Herkunftsdörfern verbundenen Arbeiter in riesigen Großbetrieben, die das besondere Bild der damaligen russischen Industrie prägten, und die ständig verstärkte Repression gegenüber den Bildungsanstalten und der „Intelligentsia“ für revolutionäre Stimmung. Konspirative Organisationsformen waren die einzige Möglichkeit für alle Oppositionellen, jenseits der Reformfraktion innerhalb der zaristischen Bürokratie. Prägend war das Vorbild von Necajevs „jesuitischem“ Anarchismus. Angesichts dieser

<sup>36</sup> I.e., p. 31.

<sup>37</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, p. 481

<sup>38</sup> Georgij Valentinowitsch Plechanov, Unsere Meinungsverschiedenheiten, hier n.: Valentin Gitermann, Geschichte Rußlands Bd. 3. Frankfurt 1987, p. 327

<sup>39</sup> Die bei Handwerkern und Arbeitern noch verbreitete genossenschaftliche Form des „artel“ sollte nach Auffassung von Cernisevskij auch die Entwicklung einer „sozialistischen“ Industrie ermöglichen.

<sup>40</sup> Engels beurteilt diese Möglichkeit skeptischer als Marx.

Situation waren Plechanovs revolutionäre Genossen durch seine Auffassung vom Gang der Geschichte in eine schwierige Lage gebracht.

Von ihrer politischen Sozialisation her verstanden sich alle russischen Revolutionäre als „Sozialisten“. Ihre Erfahrungen in Westeuropa als Studenten oder unfreiwillige Exilierte, hatten ihnen vor Augen geführt, daß bürgerliche Republiken nicht das waren, was sich von „ihrer“ Revolution erhofften, zudem, so folgerten sie, wer soll in einem Land ohne Bürgertum, ja ohne „Gesellschaft“<sup>41</sup>, die Herrschaft des Bürgertums errichten.

Dennoch gingen die meisten, auch große Teile der Sozialrevolutionäre, mit Plechanov darin überein, daß eine „bürgerliche Revolution“ anstand. „Bei uns ist der Sieg der bürgerlichen Revolution als Sieg der Bourgeoisie unmöglich“, schrieb Lenin. „Das Überwiegen der bäuerlichen Bevölkerung, ihre furchtbare Unterdrückung durch den (halb-)feudalen Großgrundbesitz, die Kraft und das Bewußtsein des bereits in einer sozialistischen Partei organisierten Proletariats – alle diese Umstände verleihen unserer bürgerlichen Revolution einen besonderen Charakter“.<sup>42</sup> Die Überlegung, daß die von der bäuerlichen Bevölkerung geforderte Aufteilung des Gutsherrenlandes, die die Bolschewiki in Übernahme des sozial-revolutionären Programms 1917/18 ratifizieren sollten, egal wie sie durchgeführt werde, zu einer Stärkung des Kleinbürgertums führen müsse, ließ Lenin zu dem Schluß kommen, daß die Revolution nur unter Führung der revolutionären Klasse „wirklich zuende geführt“<sup>43</sup> werden könne. Trockij zog mit seiner Lehre von der „permanenten - Revolution“ etwa zur gleichen Zeit ähnliche Konsequenzen.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Rolle der Bolschewiki im Jahr 1917. Die Übernahme der Macht durch die „bewaffneten Arbeiter“ war von Lenin in „Staat und Revolution“, jener in der revolutionären Situation im Sommer 1917 entworfenen programmatischen Schrift, mit dem „Absterben des Staates“ gleichgesetzt worden, und in der Tat setzten die Bolschewiki auf die faktisch stattfindende Auflösung des zaristischen Verwaltungsapparates und des Heeres, den die provisorische Regierung nur notdürftig reformiert übernommen hatte. Die bewaffneten Arbeiter verjagten jene, denen die Macht bereits entglitten war und die Bolschewiki sanktionierten mit papierernen Dekreten die Enteignungsmaßnahmen, die die Arbeiter und Bauern bereits selbständig vorgenommen hatten.

Die eigentliche „Machtübernahme“ durch die „Partei des Proletariats“ geschah in Form eines „Hineintretens“ der Bolschewiki in die Räte<sup>44</sup> und des Aufbaus der roten Armee. Unter den Bedingungen des Bürgerkrieges wurden Ansätze einer Arbeiterdemokratie dem Machterhalt und der Verteidigung der Revolution geopfert. Kronstadt und das Fraktionsverbot 1921 besiegeln diese Entwicklung, die sowohl in der sowjetischen als in der neueren westlichen Literatur als unausweichlich dargestellt wird.<sup>45</sup>

Rosa Luxemburg, die diesen „Vorgang der Machttransmission“ als „russische Tragödie“ und als Übergang zu einer „Cliquenwirtschaft“ und „Diktatur einer Handvoll Politiker“ bezeichnet hat, wird von beiden Seiten politische Naivität vorgeworfen.<sup>46</sup> Die Fixierung auf das Prinzip der „einheitlichen Leitung“, die schon 1903 den Anlaß zur Spaltung der russischen Sozialdemokratie bot<sup>47</sup>, und die Furcht vor den entfesselten „anarchistischen Massenaktivitäten“ teilt die Gesichtsschreibung mit Lenin.

Die Etablierung einer Diktatur der Staatsbürokratie geht einher mit einer doppelten Neuzusammensetzung sowohl der Partei als auch der Arbeiterklasse.<sup>48</sup> Die revolutionären proletarischen Aktivisten werden von Bürgerkrieg und Partei aufgesogen, die Partei ihrerseits vom neugeschaffenen Staatsapparat. Das nachrevolutionäre Proletariat rückt nach dem Bürgerkrieg vom

<sup>41</sup> Vgl. die Diskussion über die nicht vorhandene „Gesellschaft“ in Rußland. Cf. insbes. Dietrich Geyer, Gesellschaft als staatliche Veranstaltung. Sozialgeschichtliche Aspekte des russischen Behördenstaates, in: Id. (Ed.), Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland, Köln 1975

<sup>42</sup> Zit. n. Richard Lorenz, Sozialgeschichte der Sowjetunion 1917-1945, Frankfurt 1976, p. 45sq.

<sup>43</sup> W I. Lenin, Schlußwort zur Agrarfrage (1906), LW 10, p. 280sq.

<sup>44</sup> Cf. Dietrich Geyer, Die russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, Göttingen<sup>2</sup>1977, p. 120fsqq.

<sup>45</sup> Cf. Gottfried Schramm (Ed.), Handbuch der Geschichte Rußlands, Bd. III 1856-1945, Stuttgart 1983

<sup>46</sup> Cf. Dietrich Geyer, Die russische Revolution ..., I.e., p. 124sq. Die Verurteilung der Luxemburgischen Kritik durch die KPdSU wird als bekannt vorausgesetzt. Cf. entsprechend Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923. p. 39sqq.

<sup>47</sup> Schon in der Narodna Wolja wird hierüber gestritten. Cf. Gottfried Schramm (Ed.), Handbuch..., I.e., p. 162

<sup>48</sup> Cf. Walter Süß, Die Arbeiterklasse als Maschine, Berlin 1985

Land in eine Industrie ein, deren Verstaatlichung von einem anderen „kämpfenden“ Proletariat gegen Lenins „Staatskapitalismus“-Pläne nach deutschem Muster<sup>49</sup> durchgesetzt worden war, und jetzt unter verantwortlicher Leitung von Direktoren, mit Hilfe hochbezahlter Spezialisten und unter Einführung rehierarchisierter Strukturen und strikter Arbeitsdisziplin wieder aufgebaut wurde.

Das Modernisierungsdilemma des zaristischen Reiches stellte sich der bolschewistischen Führung nach ihrem „Sieg“ erneut unter sozialistischen Vorzeichen. Hatte man aus der Not des Bürgerkriegs und dem Zwang zur Requirierungspolitik und Kommandowirtschaft euphemistisch einen „Kriegskommunismus“ gemacht und dem durch die faktische Geldentwertung erzwungenen Übergang zum Naturalientausch als Abschaffung des Geldes, als Einführung sozialistischer Arbeitszeit und Nutzenrechnung nach dem Modell von Engels/Proudhon umgedeutet, so sah man sich jetzt zum „Umweg“ der NOP gezwungen und stand erneut vor dem Problem, aus den Landgemeinden, die sich nach der Verteilung des Gutsherrenlandes überwiegend nach dem Obscina-Modell reorganisiert hatten, Abgaben zu erpressen. Dies nicht nur, um Innovationskapital zu gewinnen, sondern um allererst die Versorgung der Städte zu gewährleisten. Der Teufelskreis, daß die Bauern nur bereit waren, Getreide gegen Waren zu verkaufen, die ihnen die russische Industrie kaum liefern konnte, daß, um die Industrie aufzubauen, allererst der - Investitionsgütersektor und die Infrastruktur auszubauen waren, diese also den „Warenhunger“ erst recht nicht stillen konnte, war öffentlich Gegenstand der Debatten der bolschewistischen Fraktionen in den zwanziger Jahren.

Die „Linke“ forderte eine forcierte Industrialisierung, ohne Rücksicht auf die Interessen der Bauern, während Bucharin, Kopf der „Rechten“, den Bauern zurief: „Bereichert Euch“<sup>50</sup> und sich damit vollends in Widerspruch zu sozialistischen Programmatik brachte. Das mit dem Konzept der Oktoberrevolution gesetzte Verständnis, daß nur die Partei des Proletariats die Revolution erfolgreich zu Ende führen könne, und daß es daher ihre Aufgabe sei, den Aufbau des Sozialismus einzuleiten, also die Produktion zunehmend durch die Produzenten verwalten zu lassen oder zumindest in ihrem Interesse, und eine Gesellschaft zu schaffen, deren Antriebe nicht Egoismus und Profitmotiv sind, war ohnmächtig gegenüber den Anforderungen an eine politische Führung, die Staatsräson gegen die breite Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen. Die Existenzberechtigung der Partei stand und fiel mit dem Versprechen vom Aufbau des Sozialismus. Die Staatsräson erforderte eine Industrialisierung um den Preis der Opferung der Bauerninteressen und der gewaltsamen Disziplinierung einer neu zu schaffenden Arbeiterklasse, da die äußere Bedrohung mit dem Sturz des Zarismus nicht geringer geworden war. Dies war auch der Grund, warum viele Bolschewiki den Erfolg ihrer Revolution von einer gleichzeitigen Revolution in Europa abhängig gemacht hatten, und die Geschichte sollte ihnen recht geben.<sup>51</sup>

Daß sich Stalin mit dem Instrument des restituierten Staatsapparates und der Parole vom Aufbau des Sozialismus in einem Land durchsetzen konnte, hing damit zusammen, daß es inzwischen weder in nennenswerter Weise eine bolschewistische Partei jenseits der Staatsbürokratie gab, noch ein Proletariat mit eigenen Kampferfahrungen und Organisationsformen. Mit der Durchsetzung des Staatsinteresses qua Kollektivierung der Bauernwirtschaften ergab sich konsequent die Liquidierung der Reste sozialistischer Programmatik und der wirklichen oder potentiellen Träger einer Opposition gegen diese Politik, also der Reste der bolschewistischen Partei und der Revolutionsarmee.

Daß die Legitimationsprobleme, die sich mit der notwendigen Aufrechterhaltung der Behauptung eines Aufbaus des Sozialismus nach wie vor stellten und in der absurden Umschreibung von Geschichte offenbarten, nicht virulent wurden, lag nicht nur am permanenten Ausbau des Repressionsapparates und des Gulag-Systems, sondern an der außenpolitischen Konstellation, die über den Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht notwendig alle ins Lager der Verteidiger des „Vaterlands des Sozialismus“ trieb und nach Kriegsende auch den mehr oder weniger zwangsweise errichteten Satellitenstaaten nach sowjetischem Modell einen Schein von Legitimation verlieh.

<sup>49</sup> Lenin bezog sich auf das Vorbild der staatlichen Rohstoffbewirtschaftung im 1. Weltkrieg (Rathenau).

<sup>50</sup> Diese Parole rührt von Guizot her, der sie während der Juli-Monarchie der Bourgeoisie zugerufen hatte: „Bereichert Euch und Ihr werdet das Wahlrecht haben, den Zensus überwinden.“

<sup>51</sup> „Die einzige Garantie gegen eine Restauration ist die sozialistische Umwälzung im Westen.“ Lenin, Schlußwort zur Agrarfrage (1906), LW 10, p. 280

## JUGOSLAWISCHE DEGENERATION UND CHINESISCHE WARNUNGEN

Jochen Steffen hat in seinem fiktiven Verhör des Bolschewiken Karl Radek vor dem Gericht der Weltgeschichte die Frage aufgeworfen, wie denn zu beurteilen sei, wenn der „Hoffnungsträger“ überlebe, aber gleichzeitig eine „Motivverschiebung“ stattfinde, ein Phänomen, das auch aus der Geschichte der Sozialdemokratie bekannt sei.<sup>52</sup> Und er hat dort Radeks Position der von Rosa Luxemburg gegenübergestellt, die die Perversion der Revolution mehr gefürchtet habe, als deren Niederlage.

In der Sowjetunion der 20er Jahre wurde diese Frage unter den Bolschewiki noch relativ offen diskutiert, jedoch apriori unter der Vorgabe, ihre Politik als sozialistische auszuweisen. So spricht der „Linke“ Preobrasenski von einer „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“, deren „Gesetz“ das „des Kampfes um die Existenz der Staats-Wirtschaft“<sup>53</sup> sei. Und Stalin behauptet: „Wir bauen bereits den Sozialismus auf, indem wir die nationalisierte Industrie aufbauen“.<sup>54</sup> Diese Identifizierung des Begriffs Sozialismus mit sowjetischer Staatswirtschaft, die sich weltweit durchgesetzt hat, wurde, wenn man von den Trockijsten und den versprengten Linksabweichlern der 30er und 40er Jahre einmal absieht, erst wieder in Frage gestellt, als Jugoslawien sich dem - Stalinschen Zugriff widersetzte und ein anderes Staatswirtschaftsmodell einführte.

Zu einer theoretischen Debatte von größerer Bedeutung kam es allerdings erst mit dem Konflikt zwischen China und der Sowjetunion. So nehmen Leo Huberman und Paul Sweezy<sup>55</sup> zum offenen Brief der KPCh an das ZK der KPdSU Stellung, der am 27.09.1963 in der „Peking Review“ veröffentlicht worden war. Dort hieß es mit Bezug auf das jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung, daß Jugoslawien als ein Musterbeispiel einer „Restauration des Kapitalismus“ zu betrachten sei und die Führer der KPdSU, entgegen ihrer Versicherung, der Aufbau des Kommunismus habe begonnen, dabei seien, Jugoslawien auf allen Gebieten nachzuäffen. „Aus Liebe zur großen Sowjetunion und zur großen KPdSU wollen wir an die Führung der KPdSU nochmals aufrichtig appellieren: Genossen und Freunde, geht nicht den - jugoslawischen Weg! Kehrt sofort um. Sonst wird es zu spät sein.“<sup>56</sup> Huberman und Sweezy widersprechen zwar der chinesischen Auffassung, im Falle Jugoslawien handele es sich um einen „Verrat der Führung“, teilen aber offenbar die Meinung, in Jugoslawien habe man versäumt, „eine neue sozialistische Moral zu lehren“. Glaube man sich dort noch in einem sozialistischen Land, wenn man das Fehlen von Werbung und deutlichen sozialen Unterschieden bemerke, so müsse man diesen Eindruck korrigieren, wenn man die privatistische Einstellung der Jugoslawen kennenlerne, deren höchstes Ziel ein Häuschen für die Familie und ein Auto seien. Dies sei offenbar darauf zurückzuführen, daß das jugoslawische System „eine eigene innere Logik und eigene ideologische Erfordernisse entwickelte und daß diese in völligem Gegensatz zu den klassischen sozialistischen Zielen und Werte stehe.“ Dies deswegen, weil sich der Plan nur darauf beschränke, Größe und Verteilung der Investitionen zu bestimmen und hauptsächlich mittels Budget- und Banksystemen operiere. Die Unternehmen hätten sich also an den klassischen Marktmechanismen zu orientieren und „diejenigen Arten und Mengen von Gütern (zu) produzieren, von denen sie annehmen, daß sie sich am profitträchtigsten verkaufen lassen.“ Damit sei das Profitmotiv als Hauptmotiv wirtschaftlicher Aktivität wieder eingeführt und das erzeuge „unvermeidlich kapitalistische Mentalität ... und schwäche oder zerstöre die Faktoren, die die - Aneignung von Rechten und Privilegien des Privateigentums durch eine wirtschaftliche Elite verhindern. Die Lehre, die jeder Sozialist beherzigen sollte, ist klar: Es ist nötig, nicht nur das Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern ebenfalls das Profitmotiv abzuschaffen. Vorsicht vor dem Markt – er ist die Geheimwaffe des Kapitalismus! Umfassende Planung ist der Kern des echten Sozialismus!“<sup>57</sup> In der sich anschließenden Debatte widerspricht zunächst Bettelheim, der

<sup>52</sup> Cf. Jochen Steffen/Adalbert Wiemers, Auf zum letzten Verhör. Erkenntnisse des verantwortlichen Hofnarren der Revolution Karl Radek, München 1977

<sup>53</sup> E. Preobrazhensky, The New Economics, Oxford 1965, 261 sq., hier zit. n. Kursbuch 23, I.e., p. 25

<sup>54</sup> Stalin, Über den Aufbau des Sozialismus in einem Lande, in: Abram Deborin, Nikolai Bucharin, Kontroversen über den dialektischen und mechanistischen Materialismus, Frankfurt 1969, p. 397

<sup>55</sup> Cf. die Debatte in Monthly Review 1964-1969

<sup>56</sup> Leo Huberman/ Paul M. Sweezy, Friedlicher Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus, in: Charles Bettelheim et al., Zur Kritik der Sowjetökonomie, Berlin 1969, 34sq.

<sup>57</sup> I.e., p. 31, 37, 39, 40, 46

„Experte für Übergangsgesellschaften“<sup>58</sup> dieser Einschätzung. „Es kommt darauf an, eine Methode zu entwickeln, mit Hilfe derer die Wirtschaft sehr schnell und präzise auf die konkreten Bedürfnisse sowohl der individuellen Konsumenten als auch der Staatsunternehmen ... reagieren kann.“<sup>59</sup> Dobb unterstützt diese Position und beruft sich dabei auf die Reformvorschläge von Liberman in der Sowjetunion und von Sik in der Tschechoslowakei, den er folgendermaßen zitiert: „Geplante sozialistische Produktion sollte beharrlich versuchen, Marktbedürfnisse zu befriedigen ... Unsere Produktion unterscheidet sich vom Kapitalismus nicht dadurch, daß sie nicht den Erfordernissen des Marktes entsprechen sollte, sondern darin, daß es eine andere Art der Produktion ist, die eine andere Art des Marktes versorgt.“<sup>60</sup> Ernest Mandel, der für die Position von Sweezy/Huberman Partei ergreift, betont dagegen, den Anschauungen der meisten marxistischen Theoretikern habe immer die Annahme zugrunde gelegen, daß die Warenproduktion unvereinbar sei mit Sozialismus, „oder anders gesagt: mit einer klassenlosen Gesellschaft, einem hohen Grad sozialer Gleichheit und ökonomischer Effizienz.“<sup>61</sup> Warenproduktion erzeuge unweigerlich soziale Ungerechtigkeit und führe zur Verschwendung ökonomischer Ressourcen. Sicher ist diesen Autoren zuzustimmen, wenn sie sich dagegen wehren, Marktmechanismen und Geldstimuli mit dem Etikett „sozialistisch“ zu versehen. Wie problematisch jedoch ihre Identifikation von Sozialismus und „Planwirtschaft“ war zeigte sich spätestens, als die Debatte durch die Invasion in die CSSR und die Rücknahme der Libermanschen Reformvorschläge neue Brisanz bekam. Schon zuvor war es eigentlich unmöglich, die Schwierigkeiten der Sowjetwirtschaft zu übersehen. Trotz der „erfolgreichen“ stalinistischen Industrialisierungspolitik, die die sowjetische Methode als Modell empfahl, „sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf der Rückständigkeit zu ziehen“<sup>62</sup>, gehörte einige Ignoranz dazu, die Schwierigkeiten, die diese Wirtschaftsform mit sich brachte, so gering zu achten. Einig waren sich mehr oder weniger alle, die sich mit dieser Frage beschäftigten, daß das sowjetische Modell zentraler Planung, obwohl es daran festhielt, mit Engels Arbeitsmengen und Nutzenkalkül zur Grundlage machen zu wollen, mit seinem Verfahren mehr oder weniger subjektiver Festsetzung von Kennziffern dies nicht leistete, daß das System der Mengenvorgaben in der industriellen Produktion zu Verschwendung führte, Probleme bei der Lieferung von Rohstoffen, Maschinen und Vorprodukten zu Hortung, daß dieses System insgesamt leistungs- und innovationsfeindlich sei. Zudem fungieren die Verrechnungseinheiten zwischen den Betrieben quasi als Buchgeld. Die Konsumgüter werden nach wie vor als Waren auf dem Markt verkauft und die gesamte Ökonomie bleibt der kapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt insofern ausgeliefert, als sie wegen der nach wie vor bestehenden militärischen Bedrohung und auch wegen der eigenen ideologischen Vorgaben mit deren Innovationstempo Schritt halten muß.

Angesichts dieser Tatsache ist Bettelheim Recht zu geben, wenn er konstatiert, daß es im Inneren der „Planwirtschaften“ einen Widerspruch von Plan und Markt gebe, der permanent dazu nötige, gegen Plandirektiven zu verstoßen. Aber statt daraus mit Braverman die Konsequenz zu ziehen und der Tatsache ins Gesicht zu sehen, „daß diese Länder bis jetzt kaum irgendwelche sozialistischen Aufgaben in Angriff genommen haben“ und „immer noch mit den Aufgaben beschäftigt (sind), die der Kapitalismus anderswo schon bewältigt hat“<sup>63</sup>, behauptet Bettelheim, wohl in Übereinstimmung mit der damaligen chinesischen Generallinie: „Was den Sozialismus im Gegensatz zum Kapitalismus charakterisiert, ist nicht das Bestehen oder Fehlen von Marktmechanismen, von Geld und Preisen, sondern das Bestehen der Vorherrschaft des Proletariats, der Diktatur des Proletariats.“<sup>64</sup> Das Hauptproblem des Sozialismus sei das der Macht. In diesem Sinne habe Lenin vom Primat der Politik geredet.<sup>65</sup> Das Überleben der Wertform und der Warenkategorien trotz des Staatseigentums drücke ein Produktionsverhältnis aus, dessen Gestaltung von der politischen Bedingung der wirksamen Teilnahme der Massen und den

<sup>58</sup> Cf. Charles Bettelheim. Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft. Berlin 1970

<sup>59</sup> Charles Bettelheim, Planung und Markt, in: Id. et al., Zur Kritik ..., I.e., p 51

<sup>60</sup> Ota Sik in: World Marxist Review, London 1965, No. 3, p. 17-19, hier zit. n. Maurice Dobb, Die Rolle des Marktes im Sozialismus, in: Charles Bettelheim et al., Zur Kritik..., I.e., p. 65

<sup>61</sup> Ernest Mandel, Jugoslawische ökonomische Theorie, in: Charles Bettelheim et al., Zur Kritik..., I.e., p. 91

<sup>62</sup> Hans Raupach, Geschichte der Sowjetwirtschaft, Reinbek 1964, p. 147

<sup>63</sup> Harry Braverman, Kontrolle und Sozialismus, in: Charles Bettelheim et al., Zur Kritik..., I.e., p. 87

<sup>64</sup> Charles Bettelheim, Brief an Sweezy: Über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, in: Id et al., Zur Kritik ..., I.e., p. 115

<sup>65</sup> Cf. Peter Strotmann, Vorwort, in: Charles Bettelheim et al., Zur Kritik ..., I.e., p. 27

objektiven Bedingungen der wissenschaftlichen Analyse abhängen, und d.h. von der „Existenz eines proletarischen Staates“.<sup>66</sup>

Die immer schärfer werdende Polemik zwischen Sweezy und Bettelheim macht deutlich, wie sehr letzterer dem Stalinschen Denken verhaftet bleibt. Außer abstrakten Postulaten hat Bettelheim Sweezy eigentlich nichts entgegenzuhalten. Im Gegenteil, er liefert ihm noch Argumente, wenn er das Dilemma der Sowjetbürokratie betont, Konsumentenerwartungen genügen zu müssen und eben darum die Produzenten disziplinieren zu müssen. Dieser kontert denn auch: Die Sowjetbürokraten hätten nicht aus Neigung den Weg der Marktmechanismen eingeschlagen, „sondern, weil sie keinen anderen Weg sahen, ihre Macht und Privilegien zu erhalten. Den Preis, den sie dafür bezahlen müssen, ob es ihnen gefallen mag oder nicht, besteht darin, daß sie ihre Länder zurück auf den Weg zu kapitalistischen Gesellschaften führen.“<sup>67</sup>

#### PREUSSISCHER WEG UND REALER SOZIALISMUS

Nachdem sie auf diesem Weg inzwischen ein gutes Stück vorangekommen sind und von den ehemaligen Satellitenstaaten dabei eingeholt und überholt werden, zeigt es sich, daß diese Logik auch den Machterhalt gefährdet hat und zwar gerade da, wo man den Ausbau der Marktmechanismen und die wissenschaftlich-technische Revolution schon so weit getrieben hatte, daß man Reformen nicht mehr nötig zu haben glaubte, als sie in der Sowjetunion eingeleitet wurden. Während dort die Libermanschen Reformvorschläge im Übergang zur „Stagnationsperiode“ unter den Tisch fielen, war in der DDR das Neue Ökonomische System erarbeitet worden, das weit über sie hinausging.<sup>68</sup> Nur noch wenige, politisch, sozial oder militärisch wichtige Produktionsaufgaben wurden unter dem NÖS in Mengen und Gewichten vorgegeben, alle anderen durch eine finanzielle Kennziffer „Warenproduktion“. Eine Dekonzentration der Leitungskompetenz wurde vorgenommen, und die Wirtschaftsfunktionäre wurden aufgefordert, sich zu bewegen „wie auf dem Markt“. Die Betriebe bekamen das Recht, einen Teil des Erlöses einzubehalten, um ihn für Investitionen oder Prämienzahlungen zu verwenden. In dem Beitrag des DDR-Ökonomen Karl Bichtler zum Kolloquium „100 Jahre Kapital“ (1967) findet sich der ideologische Reflex dieser Reform: „Mit vollem Recht muß man von der sozialistischen Warenproduktion als einer Warenproduktion sui generis sprechen, demzufolge von sozialistischen Ware-Geld-Beziehungen, vom sozialistischen Preissystem, vom sozialistischen Handel usw.“<sup>69</sup> auszugehen ist. Dies schon deswegen, weil die Praxis des sozialistischen Aufbaus gezeigt habe, daß die Produkte sich wie Waren benommen hätten. Daraus resultiere die Möglichkeit, das Wertgesetz als Instrument in die Planwirtschaft einzubeziehen.

Die sozialistische Planwirtschaft, so wie sie „der vollausgebildeten Ökonomik“ entspreche, sei eine „geplante Wirtschaft sozialistischer Warenproduzenten, in der die gesamtgesellschaftliche Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses organisch mit der eigenverantwortlichen Planung der sozialistischen Warenproduzenten verbunden ist.“ Das Ganze lasse sich „als hochorganisiertes, kompliziertes System betrachten, das in zahlreiche Teil- und Subsysteme gegliedert ist.“ Da sie auf dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln beruhen, gebe es zwischen Gesamt- und Teilsystemen „keine antagonistischen Widersprüche“.<sup>70</sup> Man kann hier schon deutlich den kybernetischen und systemtheoretischen Jargon wahrnehmen, der sich mit der Inangriffnahme der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR) rasch verbreitete.

Die beliebte Methode, alle einschlägigen Begriffe mit dem Adjektiv „sozialistisch“ zu versehen, rettete die DDR nicht vor jenen Legitimationsproblemen, die im Modell jenes „Sozialismus“ angelegt waren, der der Bevölkerung dieses Territoriums von außen auferlegt war und zunächst nur aus dem antifaschistischen Kampf seiner politischen Träger und dem Erfordernis, in einem von seinem früheren Versorgungssträngen losgetrennten Gebiet schnell eine Schwerindustrie aufzubauen, eine Rechtfertigung erfahren konnte. Wie brüchig die war, machten

<sup>66</sup> Charles Bettelheim, Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den ‚sozialistischen Ländern‘, Berlin 1970, p. 20

<sup>67</sup> Id., Brief an Sweezy ..., I.e., p. 108

<sup>68</sup> Cf. Dietrich Staritz, Geschichte der DDR 1949-1985, Frankfurt 1985, p. 151fsqq.

<sup>69</sup> Karl Bichtler, Die Marxsche Theorie von der Gesellschaftsformation und das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus, in: Walter Euchner, Alfred Schmidt (Eds.), Kritik der Politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ‚Kapital‘ (Studienausgabe), Frankfurt 1968, p. 147

<sup>70</sup> Cf. I.e., p. 142,147,152.

der 17. Juni 1953 und der Mauerbau 1961 deutlich. Dies lag nicht zuletzt an der bundesrepublikanischen Nachbarschaft, die über Marshallplan und Korea-Boom in eine glücklichere Position kam und die Gesetze des Arbeitsmarktes in der Weise in Kraft setzte, daß die DDR kontinuierlich einen Teil der qualifizierten Arbeitskräfte verlor. Nach dem Mauerbau konnte die DDR in der Systemkonkurrenz ein Stück Boden gut machen. Bald jedoch wurden wieder Probleme sichtbar, nicht nur, weil die Entdeckung der Wissenschaft als wesentliche Produktivkraft das Ideologem von der Partei als Vortrupp der herrschenden Arbeiterklasse in Frage stellte<sup>71</sup>, sondern weil sich hier auf anderer Ebene das Dilemma wiederholte, in dem die Sowjetunion vor der Durchsetzung des Stalinismus gestanden hatte. Gerade wegen der vor allem qua Fernsehen wirksamen Anziehungskraft des BRD-Warenangebots mußte die DDR-Führung das Konsumangebot forcieren. Um dies zu ermöglichen, mußte sie irgendwoher das Innovationskapital auftreiben, das wegen der Behauptung des proletarischen Klassencharakters der DDR auch nicht mit Stalinschen Methoden aus den Arbeitskräften herauszupressen war. Gerade wegen des relativen Erfolgs der DDR-Industrie, der dazu geführt hatte, daß sie als Exportindustrie eine Rolle spielte, wurde sie von der Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre besonders hart getroffen. Die Preise für Industriewaren hatten sich zwischen 1970 und 1974 um 65% erhöht, die für die notwendigen Rohstoffimporte jedoch um 170%. Die entsprechenden Schwierigkeiten wurden dadurch verstärkt, daß die Konzentration auf Zukunftsindustrien zu einer Vernachlässigung des ohnehin schwachen Energiesektors, der konsumnahen Produktionszweige und der Infrastruktur geführt hatten. Die Folge war, daß man aufgrund des politischen Klimas, das durch Entspannungspolitik und sozialliberale Ostpolitik von Seiten der BRD geschaffen worden war, auch in der DDR dazu neigte, sich im Interesse von Technologie und Wohlstandsimporten im Westen zu verschulden.

Dies kennzeichnet jedoch die generellen Probleme entwickelter, rohstoffarmer und weltmarktabhängiger Industriegesellschaften in den 70er und 80er Jahren. Staritz bemerkt, daß die Ähnlichkeit der Problemstrukturen auch ähnliche Lösungsvorschläge hervorgebracht habe, etwa die Diskussion über den Nutzen wissenschaftlicher Eliten. Man ging in der DDR sogar so weit, „soziale Unterschiede als Triebkräfte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts anzuerkennen und das bildungsfreundlichere Milieu in Familien der Intelligenz als Nährboden für Kreativität und Bildungslust zu nutzen.“ Damit wurde der überkommene Legitimationsrahmen, „zu dessen zentralen Postulaten seit jeher ein möglichst umfassender Entwurf sozialer Gleichheit“ gehörte, in der Tat erheblich strapaziert. Das Wiederaufflammen des kalten Krieges in den 80er Jahren erleichterte der DDR-Führung den Rückgriff auf hergebrachte Politikmuster, ohne irgendein Problem zu lösen. Die schwachsinnige Repressionspolitik gegenüber von der Parteilinie abweichenden Intellektuellen, die in immer neuen Schüben das Bild des DDR-Kulturlebens seit seiner Existenz bestimmt hatte, brachte das Legitimationsdefizit jetzt verschärft zum Ausdruck. Als die USA mit ihrer Hochrüstungspolitik insoweit erfolgreich waren, daß sie die Sowjetunion zum „Nachgeben“ gezwungen hatten und mit der Programmatik von Perestroika und Glasnost und dem Wiederaufflammen der Diskussion über den „Marktsozialismus“ das Ende des sowjetischen Modells eingeläutet war, goß die DDR-Führung mit törichten Reden über den Tapetenwechsel noch Öl ins Feuer. Endgültig reizauslösend waren dann – nach dem Pekinger Massaker – Anspielungen auf eine chinesische Lösung. Das Stalinsche Umwälzungskonzept, „der Glaube an die Möglichkeit einer auf den Staat und loyale Parteikader gestützten Revolution von oben“,<sup>72</sup> muß als gescheitert betrachtet werden.

So wenig die mehr oder weniger despotischen Regime in der Lage waren, die mit der Existenz von Ware und Geld gesetzte Anarchie des Marktes wirklich abschaffen, so wenig konnten sie die damit einhergehenden „ideologischen Reflexe“ ausrotten, weder die häßliche Profitgier, noch das schöne Streben nach Freiheit und Gleichheit und die permanente Wiederholung vom Aufbau des Sozialismus, oder in ihrer staatlichen Variante, vom voll verwirklichten Sozialismus und Übergang zum Kommunismus entlarvte sich ebenso oft als zweifache Lüge: Weder das „Privateigentum“ in dem positiven Sinne, in dem Marx davon spricht, nämlich als Ensemble des historisch geschaffenen gesellschaftlichen Reichtums und der mit ihm gesetzten objektiven Möglichkeiten auf der einen Seite und als Kapitalverhältnis, als das es erscheint, auf der anderen, war „aufgehoben“ worden, noch der Horizont des bürgerlichen Rechts überschritten worden, im Gegenteil. Und bekanntlich verstärken sich die „ideologischen Reflexe“ um so mehr, je

<sup>71</sup> Cf. Dietrich Staritz, *Geschichte ...*, I.e., p. 162sq

<sup>72</sup> Cf. zum gesamten Komplex I.e., p. 99,194,222, 223, 230, 235.

hartnäckiger man ihnen pädagogisch zu Leibe rückt. Dieses Verfahren wurde dann auch bald - aufgegeben und man beschränkte sich auf die Umetikettierungen der althergebrachten bürgerlichen Tugenden, vom sozialistischen Leistungswettbewerb bis zur sozialistischen Ehemoral.

Dennoch hatte die Identifizierung von „Parteidiktatur“ und „Planwirtschaft“ mit dem Wort Sozialismus gegriffen, und das nicht nur, weil seit den ersten Anfängen einer sozialistischen Bewegung deren natürliche Gegner mit der immer gleichen Drohung konterten, daß nämlich der Versuch, die Ideale der Französischen Revolution vielleicht doch noch gesellschaftlich praktisch werden lassen, notwendig zu Terror und Tyrannei führen müsse.

Es ist ein beliebter Mechanismus aller Bewegungen von Entrechteten und Enterbten, sich die diskriminierenden Bezeichnungen durch den Gegner selbst stolz ans Revers zu heften. Die proletarische Bewegung ist da mit gutem Beispiel vorangegangen. Aber dies ist nicht der einzige Grund. Mehr fällt wohl ins Gewicht, welche Vorstellungen vom Sozialismus überhaupt existieren. Marx hat sie nicht zu Unrecht als abstrakte Doktrinen gekennzeichnet und die kommunistischen Kämpfer gegen das Privateigentum von den Sozialisten unterschieden, die in erster Linie auf die Liebe unter den Menschen setzten. Sein Versuch, mittels radikaler Kritik ein Verständnis dafür zu erreichen, was die Voraussetzungen einer Revolution sind, die nicht doktrinär sagt: „Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder“, nämlich allererst die sozialen Bedingungen zu durchschauen, denen sie selbst sich verdankt, muß als gescheitert betrachtet werden.

Alle bisherigen Vorstellungen vom Übergang zum Sozialismus rekurrieren auf Modelle unmittelbarer Arbeitswert- und Nutzenrechnung, die Marx am Beispiel Proudhons als Unmöglichkeit erwiesen hat. Eben gerade weil eine Warentauschgesellschaft, entgegen der hartnäckigen Ignoranz ökonomischer Theorien, ohne Geld nicht auch nur zu denken ist und weil Geld, wenn es in einer Gesellschaft denn bestimmender Faktor geworden ist, die naturalwirtschaftlichen Verhältnisse zerstört und „zum Kapital fortgeht“, außerdem in einer warenproduzierenden Gesellschaft, die keine andere als eine kapitalistische sein kann, immer schon vorausgesetzt ist, darum eben kann ein Versuch, kapitalistische Verhältnisse zu überwinden, der in ihren eigenen ideologischen Formen befangen ist, immer nur scheitern. Legt man die Marxschen Kriterien zugrunde, so war das, was die Bolschewiki unternommen haben, nicht einmal roher Kommunismus – sieht man von den unterdrückten Ansätzen eines Arbeiterräte-Kommunismus einmal ab.

Mit den Engelsschen Bemerkungen über den Übergang zum Sozialismus, gerade da, wo sie mit der sozialistisch-kommunistischen Doktrin konvergieren, legitimieren die Bolschewiki von vorneherein ihre Praxis. Morelly war den Bolschewiki näher als Marx. Die Arbeit und der Nutzen sind eben nicht als Maßstab an die Dinge anzulegen und das Geld als Maß der Werte und Maßstab der Preise rächt sich im Osten wie im Westen, wenn man versucht, „Tauschrelationen“ und Preise zwangsweise festzulegen. Von daher kann der „Plan“ ebensowenig funktionieren wie der Markt je funktioniert hat, wenn dies denn heißen soll, daß Mangel und Verschwendung ausgeschlossen werden sollen. Als Ergebnis hat man gesehen, daß weder Wert, noch Ware, noch Geld verschwunden sind und die Kapitalbeschaffung ein permanentes Problem bleibt. Man hat auch gesehen, daß die Klassengesellschaft nach wie vor existiert.

Der hartnäckige Irrglaube, es müsse sich beim Staatswirtschaftsmodell um etwas Sozialistisches handeln, klebt an der Versicherung, es könne sich doch nicht um Kapitalismus handeln, wenn ein Plan die Produktion bestimme und das zum Kapitalismus Entscheidende fehle: das Privateigentum an Produktionsmitteln. Daß Staatseigentum, staatliche Planung ebenso wie Konzernplanung auch im westlichen Kapitalismus alltäglich sind, und mit Konzernen und Aktiengesellschaften auch das Privateigentum seine entscheidende Rolle längst ausgespielt hat, daß die privilegierte Funktionärskaste hüben und drüben alles mehr oder weniger erfolgreich verwaltet, fällt nicht ins Gewicht. Wenn Marx in bezug auf die Aktiengesellschaften von einer „Aufhebung der kapitalistischen Privatindustrie auf Grundlage des kapitalistischen Systems selbst“<sup>73</sup> redet, so meint er doch nicht, daß sich damit die kapitalistische Gesellschaft transformiert, insofern in ihr die Entscheidungsträger bekanntlich als Charaktermasken ökonomischer Bestimmungen und Staatsfunktionen fungieren. Dies unterscheidet sie auch nicht von ihrer realsozialistischen Variante.

Dennoch handelt es sich bei dem realsozialistischen Modell ja in der Tat um einen anderen Typus von Wirtschaft und Staat, um einen Typus, bei dem die Verdoppelung von Gesellschaft und Staat gleichsam in den Staatsapparat hineingenommen ist und die Marktmechanismen mehr oder

<sup>73</sup> Karl Marx, Das Kapital Bd. III, MEW 25, p. 454

weniger geplant inner- und außerhalb des Planes fröhliche Urstände feiern. Als Lenin vom Unterschied des amerikanischen und des preußischen Weges zum Kapitalismus sprach, konnte er das so deutlich noch nicht vor Augen haben.

All das spricht nicht gegen die bürgerliche Revolution der Bolschewiki. Vor allem wird angesichts des Imperialismus nationalen Revolutionen die Perspektive der Modernisierung aufgezwungen und es bleibt ihnen keine andere Möglichkeit, als sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf der Rückständigkeit zu ziehen, wenn sie nicht kolonisiert werden wollen.

Inwiefern der Imperialismus auch ein Argument für die gute alte Parole: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ bleibt – trotz und wegen der Bedeutung multinationaler Konzerne und Versuchen europäischer und/oder großdeutscher Konföderation der nationalstaatlichen imperialen Logik, die gerade wieder schnurstracks auf eine Konstellation lossteuert, die der vor dem ersten Weltkrieg oder auch der der Zwischenkriegszeit durchaus vergleichbar werden könnte –, das will heute niemand mehr wissen. Der proletarische Internationalismus ist tot.

Das Wiederaufstehen des Nationalismus an allen Ecken und Enden ist nur ein Ausdruck dieses Prozesses. Mit ihm einher geht ein Staatsfetischismus in zweierlei Gestalt. Auf der einen Seite scheint der Staat sich seiner lästigen sozialen und ökonomischen Verpflichtungen entledigen zu können, sich auf seine eigentlichen Herrschaftsaufgaben nach innen und außen zurückzuziehen. Auf der anderen Seite scheint der Staat das zu sein, was bleibt, wenn man die „Gesellschaftssysteme“ subtrahiert. Wie zu Lenins Zeiten tobte in der UdSSR der Kampf um den Staat. Die, die ihn als Apparat erhalten wollen, setzen ebenso auf Nationalkapitalismus wie die, deren Streben vor allem der Auflösung dieses Apparates gilt, egal ob in großrussischer oder separatistischer Absicht.

Daß der Staat die Gesellschaft ausmacht, dieses Dogma scheint überlebt zu haben. Daß man an jenes Dogma vom Aufbau einer neuen Gesellschaft und der Schaffung eines neuen Menschen, also an einen möglichen Erfolg des erziehungsdiktatorischen Konzepts und die Möglichkeit einer Attraktivität von Verhältnissen jenseits der kapitalistischen, offensichtlich selbst nie wirklich geglaubt hat, zeigt am deutlichsten die nun in der DDR an den Ausmaßen der Stasi-Aktivitäten allumfassende Paranoia, die allein schon wegen der Ressourcen, die auf die vergebliche Jagd nach abweichenden Gedanken verwendet wurden, jede Nationalökonomie in den Bankrott getrieben haben mußte.

Nicht zuletzt ihr ist es zu verdanken, daß der SED-Staat sich mit solcher Geschwindigkeit in Nichts aufgelöst und eine Bevölkerung hinterlassen hat, die man jetzt dafür büßen läßt, daß sie ihm nicht geglaubt hat.

Diejenigen, die im Herbst 1989 öffentlich bekundeten, das Volk zu sein, wissen sich heute in ihrer überwältigenden Mehrheit einig mit der FAZ: Es gibt nur einen Sozialismus! – Es hat ihn gegeben?